

Geräte an Bedürftige verschenken — sowie eine beträchtliche Summe dem oben erwähnten Behindertenwohnheim als Starthilfe überreichen.

All diese Arbeiten erstrecken sich nicht mehr nur auf die Mitglieder der KKV. Sie erreichen bereits viele Kranke und Behinderte in ganz Österreich. Für die *seelsorglich sozialen Belange* haben wir einen eigenen, hauptberuflichen und voll besoldeten Mitarbeiter, einen Familienvater, eingesetzt, der der Not, die uns gemeldet wird, nachgeht und all diese Aktionen mitträgt.

Eine der letzten Einrichtungen in der Diözese Linz, die aus dem Gedanken der KKV bisher hervorgegangen ist, sind die von uns in Zusammenarbeit mit dem Exerzitienhaus Subiaco bei Kremsmünster hervorgerufenen und getragenen „*Gemeinschaftswochen für alte und einsame Menschen*“. Sie finden alle zwei Monate statt und bieten den Teilnehmern religiöse Besinnung und Vertiefung, kulturelle Erlebnisse, willkommene Abwechslung — und frohe Gemeinschaft. Bisher wurden — bei stets voller Besetzung der Kurse — drei solcher Gemeinschaftswochen unter Leitung eines Kamillianerpaters abgehalten.

Was die Zukunft an weiteren Entwicklungen noch alles bringen wird, vermag ich nicht abzuschätzen. Soweit ich bisher sehen kann, geht ein großer Strom des Segens und der menschlichen Hilfe jeder Art von dieser Art des „Apostolates Kranker für Kranke“ aus. Ich bin froh und dankbar, daß ich bei seiner Erschließung und Verteilung mitbeansprucht wurde und auf Wunsch der Schriftleitung vor dem Leserforum der ThPQ ausführlich über die KKV, die ich in Österreich eingeführt habe und leite, berichten konnte.

PAULUS GORDAN

Kirche in der Welt von heute

Daß „Kirche“ und „Welt“ nicht (mehr) zur Deckung zu bringen sind, ist nachgerade eine Binsenwahrheit. Noch weniger läßt sich eines ins andere verwandeln. Die „Christenheit“ als politische Größe wieder aufrichten zu wollen, ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner. Ihrem Wesen nach ist Kirche ein Ferment in der Welt und darum so wenig wahrnehmbar wie der Sauerteig im Brot. Geschichtlich erfassen läßt sich nur das, was sich in klaren Konturen abhebt von der Umgebung, sich dialogisch oder dialektisch mit dem Gegenpoligen auseinandersetzt. Das gilt auch für den so knapp bemessenen Zeitraum eines halben Jahres, der nicht anders als in geschichtlicher Perspektive rückblickend zu erfassen ist.

Daraus ergibt sich aber auch sofort die „salvatorische Klausel“, daß jeder Bericht dieser Art eben nicht vom Eigentlichen und Wesentlichen zum Thema „Kirche in der Welt von heute“ zu handeln vermag, sondern immer nur gewissermaßen eindimensional von dem jeweils äußerlich Ablesbaren, dem im wahren Wortsinn Ober-Flächlichen, das dann freilich mehr oder weniger richtige Schlüsse auf das mehrdimensionale Ganze gestatten mag. Auch wird sich bei der Betrachtung der äußerlich recht verschieden gearteten Aktionen und Reaktionen des institutionell erfaßten und nur so erfaßbaren „Gottesvolkes“ ein klassisches Merkmal der Kirche immer wieder deutlich abzeichnen: das ihrer *Einheit*.

Die Einheit der über die Welt zerstreuten Gemeinde Christi ist freilich ein Zielgut, mag sie auch als Unterpfand in der katholischen Kirche unter dem römischen Bischof bereits anwesend sein. Das *ökumenische* Anliegen bleibt daher weiter ebenso offen wie dringend. In letzter Zeit ist allerdings eine gewisse Skepsis, ein mißtrauischer Pessimismus aufgekommen, zum mindesten aber eine deutliche Ernüchterung spürbar geworden. Man scheint da und dort an die Grenzen der Dialogbereitschaft gestoßen zu sein, obwohl etwa in so entscheidenden Fragen wie der nach dem Eucharistieverständnis und nach den kirchlichen Ämtern auch wesentliche Annäherungen zu verzeichnen sind.

Ob das Gespräch mit der Orthodoxie durch den Tod des Patriarchen Athenagoras (7. Juli 1972) abgebrochen oder nur unterbrochen wurde, muß die Zukunft erweisen. Man möchte der Absichtserklärung seines am 18. Juli inthronisierten Nachfolgers Dimitrios I. glauben, welcher der Bereitschaft Pauls VI. zu einer Fortsetzung des begonnenen Werks seinerseits entgegenzukommen geneigt scheint. Das Verhältnis Roms zu der im Weltrat der Kirchen organisierten, nicht-katholischen Ökumene bleibt weiterhin abwartend. Dieses lockere Gefüge sucht nach innerem Gleichgewicht in Fragen des Glaubens und nach äußerer Ausrichtung hinsichtlich des weltlich-politischen Engagements. Einigermaßen bestürzend ist die jüngst erfolgte Ankündigung des Austritts der griechisch-orthodoxen Kirche von Alexandrien aus dem Weltkirchenrat. Patriarch Nikolaos I. soll inzwischen diese Nachricht dementiert haben. Es bleibt also nichts anderes übrig, als die Entwicklung der Dinge abzuwarten.

Sicher ist nur, daß ein von Athenagoras gewünschtes und vorbereitetes panorthodoxes Konzil unter bösen Vorzeichen antreten würde, wenn es überhaupt in absehbarer Zeit zustande käme; und solange nicht einmal die Orthodoxie mit einer Stimme spricht, wird der Weltrat der Kirchen noch weiter davon entfernt sein und der Dialog mit Rom noch schwieriger werden. Das Ganze spielt sich zudem in einem Kraftfeld ab, in dem vielen wachen Christen das Verhältnis der Kirchen untereinander weit weniger wichtig zu werden begonnen hat als das Gespräch zwischen den Weltreligionen; ihnen scheint der Ökumenismus bereits überholt und sie verstehen nicht, warum man sich so verzweifelt bemüht, heute die Probleme von gestern zu lösen.



Wenn Ökumene das Weltganze meint, so steht die *Weltmission* damit in engem Zusammenhang. Man erinnert sich, daß die ökumenische Frage ursprünglich, wenn auch nicht ausschließlich, von der Mission her in das Konzil eingebracht worden ist, weil gerade in den Missionsländern die Vielfalt, Widersprüchlichkeit und Rivalität der christlichen Verkündigung die Glaubwürdigkeit des Evangeliums bedroht. Die Krise der Mission heute ist eine offenbare Tatsache, nicht zuletzt freilich wegen der kolonialen Hypotheken, die dem Missionswerk noch immer anhaften und die fanatisch gesuchte und verteidigte „Authentizität“ der selbständig gewordenen Nationen zu bedrohen scheinen. In Zaire (Kongo) hat der Staatschef seinen Willen durchgesetzt und nun sogar die Verwendung christlicher Taufnamen unter Strafe gestellt; der im Zusammenhang damit entstandene Konflikt mit dem Erzbischof von Kinshasa, Kardinal Malula, ist indessen beigelegt worden — der Sieger heißt Mobutu Sese Seko. — Die Ereignisse in dem kleinen Nachbarland Burundi, die in den Monaten Juli und August die Dimensionen eines an Völkermord grenzenden Blutbades annahmen, sind einstweilen weder nach ihrem Ausmaß noch nach ihren über Burundi hinausgehenden Folgen abzuschätzen. Was als barbarischer Befreiungskampf der unterdrückten Hutu-Mehrheit (etwa 85 Prozent) begann und als hemmungsloser Rachefeldzug des Herren-

volkes der Tutsi (etwa 15 Prozent) mit in die Hunderttausende zählenden Opfern endete, spielte sich in einem mehrheitlich christlichen, katholischen Volke ab. Die Tragödie dieses Volkes ist zugleich die Tragödie der Mission. Zahllose Priester, Ordensleute, Katecheten aus dem Hutu-Stamm sind unter den Opfern; nicht einmal Schulkinder wurden verschont. Die Haltung der Bischöfe während und nach den Ereignissen war zumindest zweideutig, die Bemühungen des Apostolischen Nuntius ergebnislos, die christlichen „Sicherungen“ brannten sofort durch. Vielleicht kann man sich „zum Trost“ allenfalls sagen, daß diese Stämme in der Tat eben „noch nicht“ christlich waren, während Vergleichbares, was in den Jahren der Hitlerherrschaft in Mitteleuropa geschah, darin begründet sein mag, daß die Völker, die solches taten oder zuließen, „nicht mehr“ christlich waren . . .

Das läßt sich leider auch auf Irland beziehen, wo die politischen, sozialen und nationalen Kämpfe noch immer nicht beigelegt sind — schon an sich bedauerlich genug, aber noch bedauerlicher und beschämender, weil sie unter konfessionellen Vorzeichen geführt werden und dartun, daß Christentum selbst unter alten christlichen Völkern ohnmächtig ist.



„Freude und Hoffnung, Trauer und Angst“ — mehr freilich das letzte — kann man auch weiterhin im Blick auf Lateinamerika empfinden. In Brasilien, das unter einer Militärdiktatur innerhalb eines kapitalistischen Systems mit sozialer Note einen unleugbaren wirtschaftlichen Aufschwung nimmt, ist der Episkopat vor allem aus politischen Gründen gespalten; zwischen einer vorbehaltlos hinter der Regierung stehenden Gruppe von Bischöfen und einer extrem oppositionellen Zahl von Oberhirten gibt es eine breite Schicht von Gemäßigten, die nicht zu grundsätzlichen Reformen aufruft, wohl aber geneigt ist, im Einzelfall gegen Übergriffe zu protestieren; dazu ist leider immer wieder Gelegenheit, da Folterungen und willkürliche Verhaftungen, auch von Priestern, weiterhin an der Tages-unordnung sind. Ähnlich, nur noch verwirrter, liegen die Dinge in Argentinien, wo durch das Auftauchen des früheren Diktators Perón eine ganz neue und unübersichtliche Lage entstanden ist. Weit mehr Aufmerksamkeit verdient indessen das zugleich kirchliche wie politische Phänomen in den Andenstaaten, vor allem in Chile und Peru, den beiden Heimatländern der „Theologie der Befreiung“. In Chile, dank einer legal zur Macht (oder Ohnmacht . . .) gelangten sozialistischen Volksfrontregierung, in Peru unter einer linksrevolutionären Militärjunta, ist der Boden günstig für eine Bewegung „Christen für den Sozialismus“, die in Santiago bereits im April 1972 einen großen Kongreß unter Beteiligung vieler Priester abgehalten hat. „Sozialismus“ bedeutet dabei ganz unzweifelhaft das gleiche Ziel, das der Marxismus anstrebt, und meint auch die gleichen Mittel, die einzusetzen sind, um dieses Ziel zu erreichen: Die Revolution. Es gehe nicht an, die revolutionäre Bewegung durch Sonderinteressen zu schwächen und ihr unter Hinweis auf die „Soziallehre der Kirche“ und die Empfehlung eines geduldigen Einsatzes für eine ruhige „Evolution“ jenen leidenschaftlichen Schwung zu nehmen, der nur von christlicher Hoffnung und Liebe getragen werden und in dem Kontext dieser im Grunde christlich gestimmten Völker einzig und allein zur notwendigen „Systemveränderung“ führen könne. Was die „Theologie der Befreiung“, etwa bei dem peruanischen Theologen Gustavo Gutierrez, noch einigermaßen vorsichtig nuanciert, das wird dann zum Zweck der Breitenwirkung vulgarisiert und führt zu einer marxistisch-revolutionären Einheitsfront. Die kirchlichen Strukturen sind einem solchen massiven Druck kaum gewachsen.

Ein anderes deutliches Anzeichen für die schleichende Identitätskrise in der Kirche Lateinamerikas ist das Ergebnis einer Umfrage unter den 131.000 Ordensschwwestern. „Dabei ergibt sich“ — heißt es im Bericht — „das Bild einer Ordensfrau, die nicht versteht, was ihre wahre Aufgabe in der Gesellschaft ist, die nicht weiß, wer sie selbst ist, und damit Gefahr läuft, in der Erfüllung ihrer kirchlichen Sendung auf Grund ihrer

Ängste und ihres Unsicherheitsgefühls zu scheitern.“ Die Folge davon ist, daß jede vierte Ordensschwester, die ihre Gelübde zwischen 1965 und 1968 abgelegt hat, wieder ausgetreten ist. Das mag viele Gründe haben; einer der wichtigsten ist jedoch auch hier ein fortdauernder „kolonialer“ Zustand: Ein Viertel aller Ordensfrauen Lateinamerikas sind Ausländerinnen, 72 Prozent der Ortsoberinnen, 75 Prozent der Provinzialoberinnen stammen nicht aus Lateinamerika, 358 von 503 Kongregationen haben ihren Stammsitz außerhalb des Subkontinents.

Mit diesen und anderen einschlägigen Fragen befaßte sich denn auch Mitte Juli ein Kongreß im Escorial bei Madrid über „Christlicher Glaube und sozialer Wandel in Lateinamerika“. Man hatte Spanien gewählt, nicht weil der Kongreß in Lateinamerika unerwünscht gewesen wäre, sondern um das Interesse des einstigen Mutterlandes und damit Europas an einem Prozeß wachzurufen, der sich nicht auf Lateinamerika beschränkt, wenn er auch dort besonders akute Formen und eine besondere Färbung angenommen hat.



Solche und andere „Zeichen der Zeit“ mögen zunächst beängstigend wirken, tragen aber auf längere Sicht gewiß dazu bei, daß die Kirche mehr und mehr in ihrer Umwelt heimisch und weniger als „ideologischer Überbau“ und ferngesteuerter Apparat mißverstanden wird. Allenthalben in der „freien Welt“ setzt sich — oft unter Schmerzen und Konflikten — dieser Prozeß der Profilierung der Kirche im konkreten Raum durch, wie ihn das Konzil eingeleitet hat. Ein Mittel dazu sind etwa die *Synoden*, wie die „Gemeinsame Synode der Bistümer der Bundesrepublik Deutschland“, die noch ihren Lernprozeß durchmacht, bei dem die Bischöfe nicht durchwegs nur Lehrer sind; oder die Synode der Schweizer Diözesen, die in den Bistümern getrennt tagt, aber um den gleichen Themenkreis versammelt ist.

Schwieriger und dramatischer verläuft weiterhin die Profilierung der *holländischen Kirche*. Dort hat sich der breit- und tiefgestaffelte Widerstand gegen Bischof Gijsen von Roermond (einstweilen) am Felsen Petri gebrochen; auch die für Januar 1973 geplante Einberufung des Nationalen Pastoralrates mit Entscheidungsbefugnis mußte auf römischen Einspruch hin zu einer Einladung zu einem unverbindlichen „Gespräch“ im vorgesehenen Rahmen und Personenkreis heruntergestuft werden. Der experimentelle Lehrkurs für den Religionsunterricht an höheren Schulen, den die Bischöfe von Breda und 't Hertogenbosch approbiert hatten, mußte, da in Rom als „Katechismus“ interpretiert und daher als unzureichend empfunden, zurückgezogen werden. Auch erhob die Kurie Einspruch gegen allzu laxe und weitherzige Auslegung der pastoralen Möglichkeiten, kirchlich geschlossene Ehen zu annullieren, sowie die Zulassung von Geschiedenen und Wiederverheirateten zu den Sakramenten — ähnlich übrigens in den USA (Bâton-Rouge, Louisiana), wo der Erzbischof von Philadelphia und Präsident der Nationalen Bischofskonferenz, Kardinal Krol, im Namen Roms gegen solche Praxis scharf protestierte. In *England*, dessen Katholizismus ohnehin aus geschichtlichen Gründen eher konservative Züge trägt, ist das neuerliche Verbot der schon vielerorts praktizierten „Handkommunion“ ein Zeichen für den Versuch, auch in äußerlichen Fragen der Disziplin die Deiche wieder dichter zu machen.

Italien hat zur Zeit eine verhältnismäßig stabile Regierung der christlich-demokratischen Mitte mit leichter Öffnung nach rechts; die Ehescheidung fände jetzt im Parlament keine Mehrheit, wenn sie dort noch oder wieder zur Debatte stünde. Paul VI. konnte darum beim Empfang des neuen christ-demokratischen Staatsoberhauptes Leone recht unverhüllt auf gewisse Rechtstitel aus dem Konkordat und auf legale Behandlung des bald fällig werdenden Volksentscheids über die Ehescheidung pochen — unbekümmert um den Sturm, der sich daraufhin im Wasserglase der liberalen und laizistischen Presse erheben würde. Immerhin, der geschlossene kommunistische Wählerblock von über 25 Prozent aller Stimmen, zu denen noch andere marxistische

Splittergruppen zu rechnen sind, zeigt keinerlei Erosionsspuren, — zusammen mit einer stärker werdenden Opposition der extremen Rechten ein Menetekel dafür, daß etwas faul ist im Staate. Der zahlenmäßig so starke italienische Episkopat erweckt nicht den Eindruck als wolle er sich in sozialen und gesellschaftspolitischen Fragen konkret exponieren; vielmehr hat es den Anschein, als verlasse er sich allzu sehr auf die Wahrung der Orthodoxie durch seinen „Primas“, den Bischof von Rom, und als lasse er es an der „Orthopraxis“, d. h. an Initiativen pastoraler und sozialer Art, fehlen. An Anlässen dafür dürfte es eigentlich nicht mangeln, wenn man etwa erfährt, daß eine halbe Million Kinder zwischen acht und zwölf Jahren gegen alles Gesetz zu bezahlter Arbeit angehalten werden, ganz zu schweigen von den Zuständen im Gerichtswesen oder den verschiedenen Erscheinungsformen der „Mafia“. Aber es dürfte eben davon *nicht* geschwiegen werden, wenn die Kirche in Italien nicht nur an äußerem Prestige, sondern an innerer Wirkmächtigkeit gewinnen soll.

*

Indessen haben sich die immer wieder kolportierten Gerüchte über einen Rücktritt des Papstes anlässlich seines 75. Geburtstages — der (fakultativen) Altersgrenze für Bischöfe — als grundlos erwiesen. Im Gegenteil, man hat den Eindruck, daß der Regierungsstil Pauls VI. und seiner Kurie in letzter Zeit unnachgiebiger geworden ist. Zwar hat er den Mitte November in Rom versammelten, etwa 4000 Anhängern der Bewegung „Für Glauben und Kirche“ keine Sonderaudienz gewährt, weil er sich nicht unter Druck setzen lassen will. Aber die letzten „Erlässe“ der römischen Behörden (siehe ThPQ 120 [1972] 353 ff) und andere Entscheidungen der kurialen Dikasterien zeugen deutlich eine entschieden um Grenzen und klare Linien bemühte Handschrift, ebenso wie das Vorgehen des Hl. Stuhles im Fall der Benediktinerkongregation von Monte Cassino, deren hervorragendes Mitglied Abt Franzoni von San Paolo fuori le mura ist. Hier wurde ein neues „Regime“ für die Kongregation bestellt unter Leitung des Generalabtes der Silvestriner, einer monastisch-benediktinischen Ordensfamilie, die aber bisher nicht Mitglied der benediktinischen Konföderation ist, mit dem Auftrag, alle Klöster der Kongregation zu visitieren und wohl auch mit der Weisung, den „Fall“ des unbequemen Abtes Franzoni auf elegante Weise zu bereinigen. Bei all diesen Maßnahmen und Tendenzen bleibt die Frage offen, ob nicht dadurch das schon bestehende „credibility-gap“, die Glaub- und Vertrauenswürdigkeitslücke, noch vergrößert wird und die Kommunikations- und Kontaktschwierigkeiten zwischen „Rom“ und den übrigen Kirchen, d. h. dem „Volke Gottes“, nicht noch erhöht und vermehrt werden.

Es war offenbar leichter, auf dem Konzil das Prinzip der Kollegialität zu proklamieren, als es in die Praxis umzusetzen. Auch das dafür besonders geeignet scheinende Organ, die Bischofssynode, beginnt bereits, sich abzunutzen und zeigt Ermüdungserscheinungen. Ihr Ständiges Sekretariat hat beschlossen, die Bischofssynode solle in Zukunft nur noch alle drei Jahre — statt wie bisher alle zwei — in Rom zusammentreten, also erst 1974. Bei der vorauszusehenden Themenfülle und der großen Personenzahl ist kaum zu erwarten, daß die Synode wirksam auf die Gesamtleitung der Weltkirche Einfluß nehmen wird können.

In voller und souveräner Alleinverantwortung schließlich betreibt der Hl. Stuhl das, was man Kirchenpolitik oder kirchliche Außenpolitik im engeren Sinne nennen könnte. Oberstes Ziel bleiben dabei Gerechtigkeit und Friede. Die diesen Namen tragende Päpstliche Kommission — „Iustitia et Pax“ — ist für die nächsten drei Jahre neu konstituiert worden, wobei die Verlagerung des Schwergewichts auf die Entwicklungsländer auffällt. Wieweit und in welcher Form der Hl. Stuhl außer durch wiederholte Friedensappelle um Beilegung bewaffneter Konflikte, etwa in Vietnam oder im

Nahen Osten, sowie um internationale Entspannung zwischen den Machtblöcken in aller Stille tätig war und ist, wird erst später aktenkundig werden.

Wie jede Politik, so ist auch die des Hl. Stuhles „die Kunst des Möglichen“ und muß ebenfalls von der vielberufenen „Anerkennung der Realitäten“ ausgehen. Hier liegt der Schlüssel zu der auffälligsten Erscheinung des paulinischen Pontifikats: der sehr aktiven vatikanischen Ostpolitik. Sie führte zu einer weiteren Entspannung des Verhältnisses zu Ungarn, zu schwierigen Anknüpfungsversuchen mit der Tschechoslowakei und vor allem zu einem entscheidenden Durchbruch in den Beziehungen zur Volksrepublik Polen: Am 28. Juni 1972 erfolgte die Normalisierung der kirchlichen Verwaltung in den polnischen Westgebieten durch Errichtung bzw. Neueinteilung von fünf Diözesen: Breslau (Wroclaw), Stettin (Szczecin), Kolberg (Kolobrzeg), Allenstein (Olsztyn), Oppeln (Opole). Das geschah eingestandenermaßen als logische Folge der kurz zuvor erfolgten Ratifizierung der Ostverträge durch den Deutschen Bundestag. Damit ist ein wichtiges Hindernis auf dem Wege einer auch politischen Normalisierung der Beziehungen zwischen Vatikan und Polen aus dem Wege geräumt. Ein erstes Anzeichen dafür mag man darin sehen, daß der immer noch in vager Form amtierende Vertreter der längst erloschenen polnischen Exilregierung, Kasimir Pepée, nunmehr gebeten wurde, das Botschaftsgebäude an der Porta San Pancrazio zu räumen, das nun wohl auf einen neuen Hausherrn wartet.

In seiner Ansprache an die nunmehr im vollen Bischofsrang bestätigten polnischen Oberhirten gab Paul VI. seiner Hoffnung auf harmonische Beziehungen zwischen kirchlichen und staatlichen Autoritäten vernehmlichen Ausdruck, sicher ein diplomatischer Hinweis auf weitere Gesprächsbereitschaft. Es ist zu vermuten, daß die im Gange befindliche De-facto-Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland im sogenannten „Grundvertrag“ sehr bald ebenfalls den Wunsch nach kirchlicher Neugliederung des Staatsgebietes der DDR wecken und diese wohl auch zur Folge haben wird, wenn auch noch nicht in allernächster Zukunft.

Natürlich hat das alles nicht unmittelbar mit „Politik“ zu tun oder doch nur mit einer solchen, die unter dem Leitwort steht: „Salus animarum suprema lex“. Der alte, zwar emeritierte, aber noch immer aktive Kardinal Ottaviani hat daher so unrecht nicht, wenn er kürzlich sein Altersschweigen wieder einmal brach und daran erinnerte, daß die lehramtlichen Verurteilungen des Kommunismus durch Pius XII. nach wie vor in Kraft seien. Doch geht es heute nicht mehr um die Doktrin als solche. Paul VI. sieht sich in einer völlig anderen geschichtlichen Situation: Heute leben über 10 Prozent aller Katholiken unter kommunistischer Herrschaft, und nichts deutet darauf hin, daß dieser Zustand sich in absehbarer Zeit ändern werde — oder wenn, dann eher in einer Richtung, die noch zu einer Erhöhung dieser Prozentzahl führen dürfte. Ferner ist festzustellen, daß im Kampf um eine bessere soziale Gerechtigkeit auf nationaler wie internationaler Ebene viele Christen sich an der Seite marxistisch inspirierter Kräfte finden; Lateinamerika ist das Schulbeispiel dafür. So ist es gute und kluge Politik, wenn sich die Kirche ihre Partnerschaft in einer Welt sichert, deren Lauf sie nicht bestimmen kann, in der sie aber — gelegen oder ungelegen — das Evangelium zu verkünden hat.